

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Sonntagsblatt“ und „Allerlei Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Post ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streich usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Anzeigenzeile 40 Pfg., 2spaltige 50 Pfg., 1spaltige 60 Pfg. — Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für wichtige Nebenarbeiten und für die Besondere oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird besonderer Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10.— M., das Laufen, zuzüglich Postgebühren. — Der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 129

Dienstag, den 4. November 1930

32. Jahrg.

Zuchtbullen-Verkauf.

Donnerstag, den 6. November, um 20 Uhr soll im **Ratsstall** zu Kemberg ein 15 1/2 Zentner schwerer **Zuchtbulle** meistbietend verkauft werden. Beschichtigung vorher bei Herrn Landwirt Otto Schulze, Leipziger Neumarkt 21, gern gestattet.

Kemberg, den 6. Oktober 1930.

Der Magistrat.

Für die Mitglieder der **Freiwilligen Feuerwehr** mit allen **Ordnungs-, Wasser- und Druckmannschaften** sowie **Wasserfahrern** findet die große

Herbstübung

im Laufe dieser Woche statt. Sobald die Alarmzeichen ertönen, haben sich sämtliche Mannschaften **sofort am Spritzenhause zu versammeln**, wo das Brandobjekt beauftragt werden wird.

Kemberg, den 3. November 1930.

Die Polizeiverwaltung. Der Oberbrandmeister.

Börse und Politik.

Der Monat Oktober fand ganz besonders im Zeichen der innerdeutschen Politik. Die große Ungewissheit, die im Hinblick auf den Zusammenritt des Reichstages und die weitere Gestaltung der deutschen Politik geherrscht hatte, war die Veranlassung zu einer Zuspitzung, die sich besonders stark am Geld- und Kapitalmarkt auswirkte. Trotz verschiedentlichem Abrufen kurzfristiger Gelder, die insbesondere den Gold- und Devisenbestand der Reichsbank beeinträchtigte, erwies sich sowohl die Position der Reichsbank als auch die der deutschen Banken als durchaus gesichert. Hieraus ist zu folgern, daß die deutsche Bankwelt den Unsicherheitsfaktor, der in den kurzfristigen Auslandsanleihen besteht, durch vorzügliche Dispositionen auszugleichen versteht. Deshalb muß auch den Zweifeln an der deutschen Währungs wieder entgegengetreten werden. Die deutsche Reichsmark hat sich auch in den kritischen Tagen des Oktober als durchaus gesichert erwiesen. Selbstverständlich muß es immer die Aufgabe jeder verantwortungsbewußten politischen Führung sein, alles auf strengste zu vermeiden, was den deutschen Kredit und damit auch die deutsche Wirtschaft zu schädigen geeignet sein könnte. Wie oft ist es von allen maßgebenden Wirtschaftlern als eines der dringendsten Erfordernisse bezeichnet worden, nach den Verheerungen der Inflation die Bildung von Sparcapital mit allen Kräften anzuregen und zu fördern, schon aus dem Grunde, um Deutschlands Kapitalbedarf möglichst unabhängig vom Ausland zu befriedigen. Ganz besonders ist die Anregung der Sparrätigkeit auch unter dem Gesichtswinkel der Förderung und Verbilligung des Realcredits zugunsten der Landwirtschaft und der Bautätigkeit dringend notwendig. Deshalb muß peinlichst darauf geachtet werden, daß alles unterbleibt, was das Vertrauen inländern und deutsche Sparerkreise von produktiven Anlagen im Inland abschalten könnte. Gerade angesichts der Wirtschaftskrisen muß es die Aufgabe aller derjenigen, die der Staat weiter Teile der Bevölkerung zu steuern genötigt sind, sein, das Vertrauen zur deutschen Wirtschaft und zur Sicherheit der deutschen Anlagewerte zu steigern.

Die deutsche Wirtschaftslage hat im Oktober noch keine Besserung zu verzeichnen. Der Beschäftigungsgrad hat sich insgesamt noch weiterhin verschlechtert, was in den meisten Gewerbezweigen zum Ausdruck gelangte. Allerdings sind auch einige erfreuliche Ausnahmen zu erwähnen. Einzelne Teile der Textilindustrie wiesen eine Besserung auf, die zum Teil saisonmäßig bedingt war. Relativ gut beschäftigt sind auch nach wie vor einige Zweige der Schwachstromindustrie, soweit sie sich mit dem Radiowesen befassen. Auch der letzte Bericht der I. G. Farbenindustrie ließ erkennen, daß dieses in fast allen wichtigen Teilen der chemischen Produktion maßgebende Unternehmen einen relativ befriedigenden Beschäftigungsgrad aufweist. Im Kalkbergbau hat sich der Absatz für das In- und Ausland auch noch verhältnismäßig günstig gestaltet. Von erheblicher Bedeutung dürfte die nunmehr in der Durchführung begriffenen Maßnahmen zum Zweck des Preisabbaus sein. Im Mittelpunkt dieser Aktion wird die Ermäßigung der Kohlenpreise stehen, deren Auswirkung für die deutsche Wirtschaft von größter Tragweite zu werden versprochen, besonders wenn auch die Strom- und Kraftlieferung entsprechend verbilligt wird. In engem Zusammenhang hiermit steht auch die Frage der Senkung der Eisenpreise. Für das Baugewerbe wird es überaus wichtig sein, daß auch auf dem Gebiet der Baustoffe erhebliche Verbilligungen eingeleitet sind, die wachsende, wenn die Rohlenpreisreduktionen tatsächlich werden. Somit eröffnen sich jedenfalls für die kommende Zeit gewisse, nicht unangenehme Perspektiven für die deutsche Wirtschaft, vorausgesetzt, daß es möglich sein wird, die dringende Sanierung und Neuordnung unserer Finanzen und Steuern zur Durchführung zu bringen. Erfolgreicherweise hat sich in der zweiten Hälfte des Oktober wieder eine Festigung des Vertrauens ergeben, besonders nachdem auch der sogenannte „Leberbrüchigkeitstest“ als ein besonderer Vertrauensbeweis des Auslandes zustande gekommen war. Seitdem hat sich auch die Devisenlage wieder günstiger gestaltet. Vielfach sind zurückgegangene Auslandsdevisen durch neuen Zufluß kompensiert worden. Man darf deshalb, wenn von der positiven Seite her keine beunruhigenden Einwirkungen erfolgen, der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich nach Ueberwindung des Ultimotimus wieder eine Entspannung am deutschen Geldmarkt durchsetzen wird.

Die Börse ist naturgemäß durch die geschilderten Unsicherheitsmomente im stärksten Maße beeinflusst worden. Zu Beginn des Monats haben in- und ausländische Kreise aus dem eingangs beschriebenen Gründen deutsche Werte vielfach „à tout prix“ verkauft. Zum erheblichen Teil hat man für den Erlös ausländische Werte erworben. Das starke Ansteigen mancher Serien von bekannten festverzinslichen Wertpapieren des Auslandes hat diese Tendenz veranlaßt. Nachdem wieder Verbilligung Platz gegriffen hatte, zeigte sich teilweise eine umgekehrte Entwicklung, die in relativ beträchtlichen Kursabschlägen der so stark begehrten ausländischen Emissionen zum Ausdruck gelangte. In den deutschen Aktienmärkten machte sich bis zur Mitte des Monats ein händiges Abgleiten der Kurse bemerkbar, bis dann nach dem ruhigen Verlauf der Reichstagsstagung eine Umkehrung eintrat, der zu nicht unbeträchtlichen Kurssteigerungen Anlaß gab. Allerdings konnte zum Schluß des Monats das erreichte Niveau nicht gehalten werden. Auch für die festverzinslichen Werte stellte sich wieder etwas mehr Nachfrage ein. Auf die deutschen Börsen hat, wenn man von den oben beschriebenen innerdeutschen Ursachen absteht, zweifellos auch noch die große im Berichtsmoment herrschende internationale Unsicherheit zurückgewirkt. Die Werten in Newyork, London, Paris usw. wiesen gleichfalls vorwiegend eine schwache Haltung auf, die zum Teil auch durch die südamerikanischen Unruhen ausgelöst wurde.

Ueberwindung der Wirtschaftskrise.
Eine Rundfunkrede Dr. Duisbergs.
Berlin, 2. November.
Am Rahmen einer Reihe von Rundfunkvorträgen über schwebende Fragen der Wirtschaft und Politik sprach nun Berliner Senator aus der bekannte rheinische Wirtschaftsführer Geheimrat Duisberg. Die allgemeine politische Vertrauenskrise sowie die innerwirtschaftliche Finanz- und wirtschaftspolitische Krise können wir mit eigener Kraft bewähren, während bezüglich des allgemeinen Einflusses der herrschenden Weltwirtschaftskrise nur Vorbeugungsmaßnahmen getroffen werden können. Die Reichsregierung hat mit der Vorlegung ihrer Reformvorschläge den energischen Willen bekundet, mit allen Mitteln die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden. Durch den Reichstagsbeschluß hat die Regierung hierfür eine angemessene Frist gewonnen.
Diese Frist muß auch dazu dienen, daß gleichzeitig mit der Umkehrung der Reformvorschläge in gesetzlicher Form das allgemeine Vertrauen im Inland wieder an Boden gewinnt. Ohne Vertrauen gibt es keine Möglichkeit des Wiederaufstiegs, seine Kräftigung unseres Ansehens im Ausland.

Schwieriger wird sich die Ueberwindung des zweiten Krisenelements im innerwirtschaftlichen Rahmen gestalten. Geheimrat Duisberg verwies vor allem darauf, wie auf der einen Seite verfehlte Wirtschaftspolitik unserer Wirtschaft eine maßlose Behinderung der Entwidlung und Wettbewerbsfähigkeit auferlegt hat, während gleichzeitig die herrschende Weltkrise eine allgemeine Erschütterung der Absatzmärkte mit sich brachte. Mit der Einschränkung der industriellen und gewerblichen Produktion wuchs die Arbeitslosigkeit und die Verunsicherung der Verbraucher. Für die Verdrängung des Binnenmarktes trugen Ueberproduktion und Stöckung der landwirtschaftlichen Erzeugung am weitlichsten bei.
Ein Dauererfolg des Reformwerks ist nur möglich durch Steuerentlastung und Senkung der fixen Produktionskosten, worin Lohn- und Gehaltssummen begriffen sind. Nur dadurch kann die notwendige Einfachheit für die Industrie gewonnen werden, die Deutschland wieder erhobene Aufträge bringen soll.
Mit einer generell durchgeführten industriellen Arbeitszeit-

fürung ist eine Produktionsförderung unvereinbar. Im übrigen kann keine dauerhafte Gesundung der Beschäftigung erreicht werden, wenn nicht alle Restriktionsmöglichkeiten des Youngplans ausgeschöpft werden. Nur durch Befähigung der untragbaren Schuldenlasten wird für alle Partner der Weltwirtschaft, Gläubiger und Schuldner, Entspannung der gegenwärtigen Krise erreicht werden. Schließlich muß die Widerstandsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch die Sicherung einer verbreiterten Exportbasis, vor allem in Mitteleuropa, festifiziert werden, um durch steigenden Absatz eine gesteigerte Beschäftigung zu ermöglichen.

Aus dem Reichsetat 1931.

Reichstanzlei — Reichspräsident — Reichstag.

Berlin, 1. November.

Der nunmehr vorliegende Haushaltsplan des Reichsministeriums, des Reichstanzlers und der Reichstanzlei bringt insgesamt einen Erparnis von rund einer Million Mark. Das ist insofern beachtlich, als der Zufluß im ordentlichen Haushalt überhaupt rund 2,5 Millionen Mark beträgt. Der Fonds in Höhe von 200 000 Mark, der dem Reichstanzler zu allgemeinen Zwecken zur Verfügung stand, ist um 20 000 Mark gekürzt worden.

Wegen der Notlage im Rechnungsjahr 1931 hat die Reichsregierung beschlossen, den bei der zweiten Beratung des Haushaltsplanes 1930 gefassten Beschluß des Reichstages, die Vertretung der Reichsregierung in München künftig wegzulassen, schon jetzt zu verwirklichen.

Der Vertreter der Reichsregierung, der frühere Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Haniel, wird in den einflussreichen Posten ersetzt werden. Die übrigen Beamtenstellen werden auf andere Reichsverwaltungen übertragen werden. Weiter wird wegen der finanziellen Dürftigkeit des Aufgabengebietes der Reichszentrale für Heimatdienst vorübergehend wesentlich eingeschränkt werden. Verschiedene Landesabteilungen werden zusammengelegt, und die Aufwendungen für sächliche Verwaltungsausgaben auf ein Minimum eingeschränkt werden. Die nach Fertigstellung des Erweiterungsbau der Reichstanzlei notwendige Wiederherstellung der Wohnräume des Altbaues ist einmündig zurückgestellt worden. Aus dem Etat der Reichstanzlei ist weiter noch bemerktenswerter, daß für das Jahr 1930 in diesem Haushalt der Reichsminister ohne Geschäftsbereich etabliert worden ist.

Infolge der Kürzung der Gehälter um 20 Prozent bezieht der Reichspräsident nunmehr noch 48 000 Rm. Gehalt und 120 000 Rm. Auswandsgehalt.

Im Haushalt des Reichstages sind die Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Reichstages auf 4 083 200 Mark festgesetzt worden, gegenüber 4 355 000 Mark im Vorjahre. Diese Summe setzt sich zusammen aus den Aufwandsentschädigungen für 577 Reichstagsabgeordnete in Höhe von je 7 200 Mark jährlich, aus den Aufwandsgehaltern des Reichstagspräsidenten in Höhe von 28 800 Mark und aus den Zugewehnen für Ausschüsse in Höhe von je 100 000 Mark. Davon werden 200 000 Mark auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen abgezogen, so daß sich die vorgeschaltene Summe ergibt. Insgesamt sind die Aufwandsentschädigungen von jährlich 9 000 Mark auf 7 200 Mark herabgesetzt worden. Die Entschädigung an die Ehrenbürger für die Freifahrt der Reichstagsabgeordneten hat sich infolge der Vermehrung der Zahl der Abgeordneten um 220 000 Mark erhöht, sie beträgt jetzt rund 1,5 Millionen Mark.

Der Reichstagspräsident fordert für den weiteren Grundbesitz und ersten Teilbetrag eines Neubaus für die Reichsverwaltung eine Million Mark an. In der Begründung wird ausgeführt, daß der Neubau der Reichsverwaltung bedingt in Angriff genommen werden muß, um dem Raumangel der Bücherei in Wilhelmstraße abzuhelfen. Ferner müssen noch Sitzungssäle für Ausschüsse und Fraktionen sowie Arbeitszimmer für die Abgeordneten hergestellt werden.

Das Auswärtige Amt im Jahre 1931

Kürzung der Diplomatengebälter.

Berlin, 2. November.

Nach dem Haushaltsplan des Auswärtigen Amtes sind die fortdauernden Ausgaben für das Jahr 1931 um rund 4,4 Millionen Mark, das sind 7,4 v. H., gekürzt worden. Diese Kürzung hat nur durch eine harte Kürzung der Ausgabenermittlung, insbesondere der Aufwandsentschädigungen, sowie Herabsetzung des Vertreterentgeltes für die Beamten im Ausland von 33 1/2 v. H. auf 25 v. H. ihrer Dienstbezüge und dadurch erreicht werden können, daß ferner selbst wichtige Ausgaben des auswärtigen Dienstes eingespart werden. Die vom Reichstag bei der Beratung des Haushaltsplans für 1930 über eine Kürzung der Bezahlung der Auslandsbeamten gefassten Beschlüsse sind durchgeführt worden.

Ein Ausbau der deutschen Vertretungen im Auslande ist für das Jahr 1931 nicht vorgesehen. Gemäß dem Budget im Haushaltsplan sind nicht der Inhalt des Reichsaussenministeriums, die Gesandtschaften in den südamerikanischen A B C Staaten in Botschaften umzuwandeln. Ebenfalls ist eine Vermehrung der bisherigen vier sozialpolitischen Beobachter an den deutschen Vertretungen im Auslande nicht geplant. Einschneidende Kürzungen sind bei den Fonds des Auswärtigen Amtes vorgenommen worden. Der Gehaltsfonds in Höhe von 4,5 Millionen ist zwar unangeführt, aber der Fonds zur Pflege Kultur-, humanitärer, und wissenschaftlicher Beziehungen zum Auslande ist um mehr als eine halbe Million und der Fonds zur Pflege des deutschen Schulwesens im Auslande um eine Viertelmillion gekürzt worden. Der vom Auswärtigen Amt für die Deutsche Liga für Völkerverständigung gezahlte Beitrag wurde um die Hälfte vermindert. Der Fonds zur Förderung des deutschen Nachrichtenwesens im Auslande beträgt jetzt 1,9 Millionen Mark. Er ist um 230 000 Mark gekürzt worden. Der Fonds zur Förderung des Nachrichtenwesens im Inlande, der im Jahre 1930 mit 200 000 Mark angelegt war, soll für das Jahr 1931 nur 80 000 Mark erhalten. Unter den einmaligen Ausgaben werden nur Mittel zur Fortführung zweier bereits begonnener Bauten angefordert, und zwar ein Beitrag zur Errichtung eines Wohn- und Kongreßgebäudes für die Gesandtschaft in Abis Ababa und für die Errichtung des Gesandtschaftsgebäudes in Wien.

Schieles Tat.

Im Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft sind infolge der allgemeinen Sparmaßnahmen u. a. die Ausgaben für die Beihilfe zur Abhaltung von Fortbildungskursen für Landwirtschaftslehrer und die Beihilfe zur Gewinnung geeigneter Lehrkräfte für landwirtschaftliche Maschinen gekürzt worden. Erhöht wurden die Beihilfen zur Förderung der bäuerlichen Berufsberatung. Die Erhöhung dieser Mittel wird mit der Notwendigkeit begründet, um die im Interesse der bäuerlichen Betriebe besonders wichtigen Maßnahmen auf dem Gebiete der Wirtschaftsbildung und des Berufsberatungswesens fortzuführen zu können.

Bei den einmaligen Ausgaben sind höher veranschlagt die Ausgaben zur Verbilligung des Zinsfußes von Darlehen für landwirtschaftliche Bodenbesitzerungen um 2,5 auf 4,5 Millionen Mark. Weiterhin sind die Ausgaben zur Verbilligung des Zinsfußes von Darlehen zur Förderung der Landwirtschaft um 1,3 Millionen erhöht worden. Infolge allgemeiner Sparmaßnahmen sind ermäßigt worden die Ausgaben für landwirtschaftliche Betriebsumstellung und Abfallförderung um 2,3 Millionen, die Mittel zur Stützung der Schlachtwirtschaft um 1 Million. Weggefallen sind die Mittel für die Beteiligung des Reiches an der deutschen Bodenkultur Mittelschule in Höhe von 16 Millionen, sowie 10 Millionen zur verbilligten Abgabe von getrocknetem Roggen für Fütterungszwecke.

Die Moratoriumsfrage.

„Deutschland am Ende seiner Kraft.“

Newyork, 1. November.

Das „Journal of Commerce“ erklärt in einem Leitartikel über das Reparationsproblem, es befindet sich in Zweifel mehr, daß die Reichsregierung die interessierten Stellen inoffiziell von der Unwahrscheinlichkeit in Kenntnis gesetzt habe, den Transfer der ausstehenden Reparationszahlungen über die nächsten drei Monate hinaus fortzuführen. Die Europäische Owen Youngs liehe hiermit im Zusammenhang. Auch in Washington werde der ganze Fragekomplex ernsthaft erörtert.

Deutschland sei am Ende seiner Kraft. Die Habskarrigkeit Amerikas und der ehemals alliierten Mächte könne sehr leicht in Mitteleuropa ein Chaos herbeiführen. Natürlich ist eine Umorientierung der Washingtoner Regierung in der Frage der interalliierten Schulden die Voraussetzung für eine Lösung dieses brennenden Problems.

Die Ausführungen des „Journal of Commerce“ sind rein stimmungsmäßig außerordentlich bezeichnend für die Haltung weiteiler Kreise der amerikanischen Finanzwirtschaft zur Tribut- und Schuldenfrage, wenn auch der oben erwähnte Schritt der Reichsregierung nicht getan worden ist. Die Abkündigung im Auswärtigen Amt über die Young-Anträge ist, wie ausdrücklich betont wird, keineswegs als ein Bericht auf die mögliche Stellung von Moratoriumsanträgen aufzufassen. Ein solches deutsches Vorgehen hängt ein-

sig und allen Dingen von der Durchführung des Finanzprogramms und von allen Dingen von der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland ab. Bisherlich wird sich schon im Frühjahr übersehen lassen, welche Schritte zu tun sind.

Washingtons Standpunkt.

Die Erklärung der Wilhelmstraße, daß die Gerichte über deutsche Moratoriumsschritte in Washington nicht zu greifen seien, hat in der Bundeshauptstadt stärkste Beachtung gefunden. Staatssekretär Stimmon wiederholte auf Fragen amerikanischer Pressevertreter, daß die amerikanische Regierung an dem Grundsatze der Trennung des Reparationsproblems von der interalliierten Schuldenfrage unbedingt festhalte.

Herve über die Korridorfrage.

Dyne Gesichtspunkte sein objektives Urteil.

Herve behandelte jetzt den 1. November des Revisionsprogrammes, der sich auf die Rückgabe des Weichselkorridors bezieht. Er vertritt dabei zunächst die polnische These, daß die Überlassung des Korridors an Polen von moralischen Standpunkt aus gesehen, nur gerecht genossen sei. Wenn Herve dann in einem geschichtlichen Rückblick mit der ersten Teilung Polens beginnt, so vergißt er offenbar, daß das Gebiet des Weichsel-Korridors schon lange vor 1722 urdeutsches Land gewesen ist.

Diese Unkenntnis der geschichtlichen Vorgänge veranlaßt Herve zu der Schlussfolgerung, man habe ein Polen angehalten, Anrecht lediglich wieder gutzumachen und ihm gleichzeitig die Benutzung verschafften freien Zugang zum Meer zu haben. Allerdings habe man dabei vergessen, daß der Korridor bereits 150 Jahre zu Deutschland gehört habe und daß der Versailles Vertrag das Reich in zwei Stücke zerschneiden habe.

Wenn die Deutschen Engel wären, würden sie sich sicherlich damit abfinden, aber sie seien nur Menschen, die überdies von einer unheimlichen Vaterlandsliebe befeuert seien und die eine Teilung ihres Gebietes niemals anerkennen würden. Es sei wohl möglich, daß Deutschland auf Polen und Oberösterreich verzichte, niemals aber auf den Korridor. Die Schaffung des Korridors verleihe Deutschland in dieselbe Lage wie Frankreich 1870 der Verlust Elbsch-Bohringens, obgleich es sich hierbei um zwei grundverschiedene Dinge handle. In seiner Wut habe sich Deutschland in die Arme Russlands geworfen. Die Lage Polens zwischen den zwei Riesen aufzulösen und Rußland sei überhaupt gefährlich, und der Versuch Wilsons, Clemenceaus und Lloyd Georges werde eines Tages zu einer neuen Aufteilung Polens führen und vielleicht sogar zu einem neuen Weltkrieg.

Sämtliche französischen Staatsmänner wüßten das, sie zögen es aber vor, daß Polen eines Tages wieder von der Liste der europäischen Staaten verschwinde, als es sich in die Weltkard hineinsetzen zu werden. Vielleicht wäre es Deutschland möglich, mit Litauen das Verprechen zu erhalten, wieder in Polen aufzugehen, mit der Rückkehr des Korridors müßte dann Deutschland auf Polen und den polnischen Teil Oberösterreichs verzichten, und ferner müßten Deutschland und Frankreich sich verbürgen, Polen gegen jeden Angriff von anderer Seite zu schützen.

Ehrhardt zur Revisionsforderung.

Telegrammwechsel mit Arnold Rechberg.

Berlin, 2. November.

Arnold Rechberg hat an Kapitän Ehrhardt folgendes Telegramm geteilt, Gustave Herve depeßiert mir soeben u. a. wie folgt: Nachdem ich von Herrn Hiltner und von dem Stahlhelm keine präzis Antwort erhalten habe, bitte ich Sie, dem Kapitän Ehrhardt über meine Vorschläge zu berichten. Ich bitte, daß sich der Kapitän Ehrhardt, einer der ausgeprägtesten Führer des deutschen Nationalismus, bereits früher für eine deutsch-französige Einigung unter der Voraussetzung ausgesprochen hat, daß sie der nationalen Ehre Deutschlands und seinen Lebensinteressen im weitesten Maße gerecht werde. Ich bitte um Ihre Unterstützung zwecks Weitergabe an Herve, gen. Arnold Rechberg.

Kapitän Ehrhardt hat Arnold Rechberg folgendermaßen geantwortet: Ich bin mir der Tragweite einer öffentlichen Erörterung, die zu deutsch-französiger Einigung beitragen kann, voll bewußt. Ich sehe mich auch keineswegs, klipp und klar zu den Vorschlägen Herves Stellung zu nehmen, ganz gleich, wie sie Herve in Frankreich sieht. Das Wesentliche ist, daß die Frage der Einigung in Ruhe bleibt.

Da ich mit meiner persönlichen zustimmenden Meinung zur deutsch-französigen Einigung bereits hervorgetreten bin, so halte ich es nunmehr für erforderlich, eine konkretere Basis zu schaffen. Es werde daher eine polnische Fremde von denen viele ihre Arbeitstätte den größeren nationalen Verbänden und Parteien gewidmet haben, befragen, wie der einseitige deutsche Frontist über die endgültige Beilegung des jahrhundertalten Streites zwischen Deutschland und Frankreich, für den beide Nationen ihr wertvollstes Blut vergossen haben, denkt.

Zort mit der Kriegsschuldfrage!

Die Stahlhelm-Antwort an Herve.

Berlin, 1. November.

Zu den wiederholten Anfragen des Herausgebers der französischen Zeitung „La Victoire“, Gustave Herve, an den Stahlhelm hat jetzt der Bundesführer des Stahlhelms, Wagner, in einem Schreiben wie folgt Stellung genommen: „Der Stahlhelm hat bereits vor einigen Tagen auf Anfragen von einer Seite, die er als Vermittler nicht für berufen hält, öffentlich die folgende Stellung genommen: Die Welt weiß, daß der Stahlhelm die Streichung der Tributlasten, die Rückgabe des Saargebietes, dessen Deutschtum jede Abkündigung klar erkennen würde, die Herstellung eines Groß-Deutschlands, die Schaffung von Lebensraum durch Rückgabe gesicherter Kolonialgebiete, die Währungsfreiheit, die Wiedereingewinnung voller Hoheitsrechte für Deutschland und die Lösung der Korridor- wie der übrigen Differenzen als vornehmste Aufgaben außenpolitischer Befreiungsarbeit unabdingbar betriebe.“

Solange indes die französische Nation an dem Glauben an Deutschlands Schuld am Krieg festhält, ist für uns im Stahlhelm keine geeignete Verhandlungsgrundlage gegeben. Für das nationale Deutschland ist die Beilegung der Kriegsschuldfrage der ausschlaggebende Grenzpunkt. Der wahre Friede der Welt kann nur auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes aller Nationen geschaffen werden.“

Die Reichspost berichtet.

Rückgang des Verkehrs im Verhältnis zum Vorjahr.

Berlin, 2. November.

Die Deutsche Reichspost veröffentlicht ihren Bericht über das zweite Vierteljahr (Juli bis September) des Rechnungsjahres 1930.

Der Verkehr ist gegenüber dem Vorjahre in fast allen Dienstzweigen zurückgegangen, nur die Ein- und Auslandsreisen, der Postfremdverkehr und der Nachnahmefremdverkehr zeigten geringe Steigerungen auf.

Die Zahl der Postfachfonten stieg im Berichtsvierteljahr um 3658 auf 987 649. Ausgeführt wurden 184 Millionen Buchungen über 35 Milliarden Mark. 17 000 neue Rundfunkteilnehmer haben sich dem Rundfunk angeschlossen. Die Gesamtzahl ist auf rund 3 242 Millionen gestiegen, gegenüber rund 2 844 Millionen Ende September 1929. Im Berichtsvierteljahr wurden 217 Schwarzfahrer rechtskräftig verurteilt. Der Gesamtschluß für das Berichtsvierteljahr werden die Einnahmen mit 522,1 Mill. Mark, die Ausgaben mit 555,1 Mill. Mark ausgemittelt.

Deutsch-österreichische Arbeitsgemeinschaft

Um den Zusammenbruch.

München, 2. November.

Bei der in München abgehaltenen Jahresversammlung der Deutsch-österreichischen Arbeitsgemeinschaft hielt der Vorsitzende, der frühere Reichsjustizminister Reichstagsabgeordneter Emminger, einen Vortrag über den Stand der Anknüpfung, wobei er feststellte, daß der Gehalts des Zusammenstufunges auch im Ausland an Berichtsvierteljahr werden die Einnahmen mit 522,1 Mill. Mark, die Ausgaben mit 555,1 Mill. Mark ausgemittelt.

Der Handelsvertrag zwischen Deutschland und Österreich ist bis heute noch nicht ratifiziert worden. Die deutsche Landwirtschaft habe alle Opfer gebracht, aber die Weisheitsbegünstigung erwies sich auch hier als ein Verhängnis, da alle Konzeptionen an Österreich auch den anderen Staaten zugute kämen. Daher müßte baldigt die Zollunion mit Österreich kommen. Dementsprechend seien ferner das moselfeldige Weidrecht und die doppelte Staatsbürgererschaft, Dinge, die beide Völker und Parliamente in überwältigender Mehrheit wünschten, die die hohe Bureautarbeit aber einfach zu den Akten lege.

Auf schwankem Grund.

Roman von S. Axt.

54. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Es ging lebhaft zu zwischen den beiden und die Wortgeandere war wie sie. Ja, mit Worten wühlten sie umzulpringen, darin waren sich Mädel und Dame gleich. Jetzt riß sie den Schritt ein, sagte ihn an den Schultern, riefte ihn, als wolle sie die Schwermütigkeit aus ihm herausziehen. Es gelang ihr nicht. Er stand da wie ein Klotz mit eingedrücktem Kopf. Nun aber schien er etwas Gefühlsvolles gesagt zu haben, denn sie strömte auf sie ihm an dem Hals. Mühte nicht abel kein, wenn sie nicht zu an einen selbstrierte. Und der Klotz wurde lebendig, das Salz kam ins Brennen. Ordentlich bis hier herüber prasselte und knatterte der Rauch.

Sabahal Satte er laut herausgeschlief oder war dem Mädel doch nur auf einmal die Geniertheit gekommen, die Absichtens Stunde nicht ganz ohne Zeugen geschlohen sein? Ihr Kopf fuhr herum, die schwarzen Augen wurden nach rechts und links und dann gerade aus, und da — o, kein Bild war fallenhaft und Felix Rahmus konnte sich auf den verlassenen — ganz deutlich sah er, wie sie erkehr. Er hatte auch gesehen, daß Fränze Diethold ihn erkannte.

Schade, daß sich ihr herumgewandter Kopf so klüßschnell wieder abstehte, wie hätte sie ihn nicht erkannt, mit aller ihm zu Gebote stehenden Ausdrucksfähigkeit. Er hätte auch den Klotz so gern einmal zum Prallein und Klammern gebracht. Aber der stand wieder stockfest da und die Liebte hatte es jetzt unter, ihn von Fled zu bringen. Sie schaute ihn jährlid unter und doll schöner Eintracht gingen die beiden weiter.

Von dem Weg auf den Waldboden übertretend, folgte Felix Rahmus ihnen nach, langsam und vorwärtschreitend wie ein Mädel, der ein Bild beschlief. Er hatte nichts besonderes im Sinn, aber es war eine Ablenkung von sich selber, den Zweiten dort über eine Weile das Geleit zu geben. Ob sie eine Ahnung davon hatte, daß

er ihr folgte? Ob sie sich noch einmal umsehen würde? Er wußte wahrhaftig nicht, was sie ihm im Augen zu danken und sich nicht, bis er endlich einmal voll Stolz der Versuchung nicht erlegen zu sein, den Kopf mit dem weißen Füllhut und dem leuchtenden Blumenkranz steifer aufreichte und ihren Arm hingebungsvoller an den Diebsteln drückte.

Da machte Ernst Janen auf einmal kehrt. Sie schien sich zu widerlegen, denn er zog sie fast gewaltsam mit sich herum. Mit zärtlicher Gewalt ihre Taille umfassend, so gingen sie ein paar Schritte. Sie den Blick gelenkt und er sie ansehend, und langsam schändernd kam Rahmus ihnen entgegen. Er prüff sich eins. Das Weifen ließ Janen aufmerken. Er sah, wer dort auf sie zukam, wer wohl schon die ganze Zeit über hinter ihnen gewesen, ihnen nachgefolgt war. Sein Arm fuhr von Fränze zurück, sein Fuß wurzelte am Boden, sie aber drehte sich schnell herum und lief in abgewandter Richtung davon. Ein lächendes „Kommt“ forderte Janen auf, ihr zu folgen. Er tat es nicht gleich. Seine aufstehenden Wangen gingen stark geradaus. Dann wandte auch er sich wieder und ging mit bestimmer Schritte Fränze nach. Nun war er wieder neben ihr.

„Warum bist du nicht weiter gegangen? Saft du dich's nicht getraut, ihm zu begegnen?“

„Wieso nicht getraut? Ich finde den Wald nur schön, wo keine Leute sind.“

„Bestell dich nicht. Es war nur einer und du hast ihn er, du wie ich erkannt.“

„Dah er einen Kopf und zwei Beine hat, das hab ich freilich erkannt.“ Sie lachte und das kleine, feste Kinn schob sich trögiger vor. Eingeklemmt, daß sie Rahmus schon vor ihm gesehen — fiel ihr nicht ein. Damit er sich wieder eine Wurdgeschicht zusammenzubasteln konnte Gott bewahre! Zeit war ja gleich eine gute Gelegenheit, daß er ihr bewies, wer er ist, noch eben heilig angelobt: Ich er ich, wie ich dich in Frankreich sieht. Das Bedenken ist wieder Unrecht zu wollen.

„Fränze, verstell dich nicht. Du hast ihn doch erkannt. Ich seh's dir an.“

Sie bog ihr Gesicht mit den blühenden Augen dich an das seine. „Was — siehst du mir an?“

„Dah du dich verstellst. Du wirst ja rot.“

„Und du wirst blaß. Du — was es mit deinem Mädelwerden auf dich hat, wissen wir beide. Nimm dich in acht. Und den? an das, was du mit noch eben zu gelobt hast.“

„Ja, ja, aber wo sich's doch ganz einfach um Wahrheit und Lüge handelt.“

„Bei wem handelt sich's um Lüge. Bei mir?“

„Ja, wenn du laßt, du hast ihn nicht gelannt.“

„— liege?“

„Fränze — mach dich doch mit deinem Leugnen nicht selbst verächtlich.“

Sie lag, sie leugnete und machte sich verächtlich! Samoh, jetzt sollte er's haben! Und wenn sie sich um Rahmus und Fränze lägen und leugnen müßte, jetzt ge stand sie's ihm nicht zu. Die Hute auf ihren Wangen wurde zur Glut.

„Womit mach' ich mich verächtlich?“

Janen verlor immer mehr die Beherrschung. Er wollte sie nicht reizen, aber er hatte sich ja nicht länger in der Gewalt, wenn sein eierwürdiges Mädeltrauen reg ward.

„Ich sage ja nicht, daß du was dafür kannst, aber du soll's nicht ableugnen, daß du ihn gesehen hast. Schön, vor mit. Daran hast du auch nicht umkehrer wollen. Ja sollte nichts davon merlen. Das ist doch verächtlich. Wenn du dich dem gegenüber ganz lächel fühltest, hätte dir's doch gleichgültig sein müßen, und wenn wir ihm hundermal begagnen. Gerad' zeigen hät telt du mir das müßen, Raft daß du ihm ausweidich Wäri zu allein gewesen, hättest du's vielleicht nicht gelant.“

Sie hatte sich die Enden ihrer Federboa wie ein ringende Schlang um den Arm gewunden. Auch sie wollte sich beherrschten und auch ihr gelang es schlecht.

(Fortsetzung folgt.)

Diebstahl der 48er Verfassungsurkunde.

Auch die einzige Reproduktion gestohlen.

Berlin, 2. November.

Aus der Reichstagsbibliothek wurde die Verfassungsurkunde von 1848 gestohlen. Der Direktor der Bibliothek, Dr. Fischer, teilt dazu mit, daß neben der Urkunde selbst auch die einzige Reproduktion der Urkunde gestohlen worden ist. Die Urkunde und die Reproduktion befanden sich in einem eisernen Schrank im Speicher der Reichstagsbibliothek. Sie fielen infolge eines Einbruchs in den Schrank gestohlen. Die Urkunde selbst wurde von dem Originalunterschriften sämtlicher Abgeordneten der Nationalversammlung in der Paulskirche bezeugt. Die Urkunde ist auf Pergament gedruckt und umfaßt 27 Seiten Text und 19 Seiten Interimsurkunde. Der Einband besteht aus rotem Leder, auf der Vorderseite befindet sich ein Adler in Silber. Schon im Sommer d. J. wurde einmal ein Einbruch in die Reichstagsbibliothek verübt, wobei im wesentlichen Verfassungen eines auf der Urteilsverteilung befindlichen Bauminister gestohlen wurden. Die Verfassungsurkunde wurde genau ermittelt. Ob es sich bei dem neuerlichen Einbruch um den gleichen Mann, der schon mehrfach verurteilt und den die Polizei bisher nicht fassen konnte, handelt, werden die weiteren Ermittlungen ergeben müssen. Das genaue Datum des jüngsten Diebstahls ist leider nicht festzustellen. Die Verfassungsurkunde wurde zuletzt im November 1929 in dem Schrank festgehalten. Zugleich entdeckte man, daß außer der Verfassungsurkunde noch einige andere Werte gestohlen worden sind. Es handelt sich um einige Karikaturen von 1848, leinene Graphiten und einige Bände der Sozialwissenschaft u. a. drei Bände Bilderlexikon der Croix, herausgegeben vom Institut für Sozialforschung in Wien. Der Wert der entwendeten Verfassungsurkunde wird auf mindestens 100 000 Mark geschätzt.

Wichtige Tagung beim Völkerbund.

Die europäische Wirtschaftskonferenz.

Genf, 2. November.

Im Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes ist im Hinblick auf die grundsätzlichen Gegenstände die Behandlung der Frage der Weltbeschäftigungslaufe aus dem Programm der am 17. November zusammen tretenden Europäischen Wirtschaftskonferenz getrieben worden. In den Verhandlungen des Ausschusses ergab sich, daß die Mehrheit des Ausschusses die Auffassung vertritt, daß konfingente nicht in Einklang mit dem Grundgedanken der Weltbeschäftigungslaufe stehen. Der deutsche Vertreter im Wirtschaftsausschuß, Ministerialdirektor Boße, lehnte jedoch diese Auffassung ab und suchte eine sofortige Stellungnahme des Wirtschaftsausschusses zu der konfingentfrage zu vermeiden. Es wurde daher beschlossen, einen Interimsausschuß einzusetzen, der auf der nächsten Tagung Vorstöße macht. Die Europäische Wirtschaftskonferenz, im November wird sich nunmehr in erster Linie mit dem Vorschlag der europäischen Agrarstaaten auf Schaffung von Vorzugsstellen sowie dem englisch-holländischen Vorschlag auf Verständigung zwischen den Freihandels- und den Handelsvertragsstaaten zu befassen haben.

Dangalos verhaftet.

Vorzeltige Abreise Venizelos' aus Angola.

Wien, 1. November.

General Dangalos wurde in seiner Villa in Genf verhaftet. Im Laufe der völligen Ruhe herrschen, sämtliche Offiziere der Armee sollen den Ereignissen gleichgültig gegenüberstehen. Der griechische Kriegsminister hat der Öffentlichkeit eine Erklärung übergeben, wonach die Regierung bereits seit Tagen das Verlassen gewisser Offiziere aufmerksam verfolgt habe. Die Regierung habe nunmehr die Aufwieglung verhaftet. Venizelos, der beinahe täglich zur Zeit in Angola ist, noch am Donnerstag der griechisch-türkische Freundschaftsvertrag unterzeichnet wurde, hat beschlossen, sofort nach Konstantinopel zu reisen, um dort den weiteren Verlauf der Ereignisse abzuwarten. Venizelos beabsichtigt ursprünglich, mehrere Tage in Angola zu verweilen.

Der polnische Wahlterror.

Gewalttaten gegen die deutsche Minderheit.

Warschau, 1. November.

Unter dem Terror, mit dem die polnische Regierung die Vorbereitung der Parlamentswahlen in ihrem Sinne auf rückwärtssetzt, beunruhigt, hat ganz besonders die deutsche Minderheit zu leiden. Nachdem man damit begonnen hat, einzelne Wähler aus den Wahlkreisen unter höchst fadenheisigen Begründungen zu streichen, sind neuerdings in mehreren Wahlkreisen mit starker deutscher Minderheit einfach die ganzen Kandidatenlisten für ungültig erklärt worden.

Selbstverständlich ist gegen dieses radikale Verfahren der Wahlbeeinflussung Beschwerde eingelegt, doch ist ihr Erfolg angeht die Stimmung in Warschau sehr zweifelhaft. Hand in Hand mit diesen Maßnahmen gehen die Schikanen gegen einzelne politisch führende Persönlichkeiten, insbesondere gegen führende Abgeordnete. Der beweisende Notwendigkeit, für den polnischen Lehrer eine Wohnung frei zu machen, scheint ein weiterer Grund für die Ausgrenzungen gewesen zu sein. Jedenfalls sind polenfeindliche Motive nicht mit im Spiel gewesen. Der polnische Lehrer in Mlotalet hat selbstliche Beweggründe für ausgeschlossen erklärt. Die Unterdrückung des Falles ist eingeleitet worden.

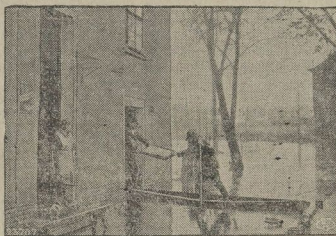
Ein Zwischenfall im Kreis Stuhm

Berlin, 3. November.

In Rixhofaiken, Kreis Stuhm, hat sich ein bedauerlicher Zwischenfall ereignet. Das Gebäude der dortigen polnischen Minderbeischnle und Fenster und Räume an verschiedenen Privatbäuern sind von bisher unbekanntem Täter zum Teil stark beschädigt worden. Die Ursache dieser Vorkommnisse scheint in privaten Familienstreitigkeiten zwischen den Bewohnern des Hauses, in dem die Minderbeischnle sich befindet, zu liegen; diese Bewohner gehören der polnischen Minderbeischnle an. Die beweisende Notwendigkeit, für den polnischen Lehrer eine Wohnung frei zu machen, scheint ein weiterer Grund für die Ausgrenzungen gewesen zu sein. Jedenfalls sind polenfeindliche Motive nicht mit im Spiel gewesen. Der polnische Lehrer in Mlotalet hat selbstliche Beweggründe für ausgeschlossen erklärt. Die Unterdrückung des Falles ist eingeleitet worden.

Schwaffer!

Zu all den vielen Katastrophen und Unglücksfällen haben sich nun auch noch die Naturkatastrophen gesellt. Furchtbares Hochwasser überflutet die Lande. Schließen, Oberfließen und das Überbrück sind kilometerweit überflutet. Unter der Gewalt des Wassers sind die Deiche und Schutzwälle gebrochen, das Wasser ist über die Felder getreten und ergießt sich mit ungeheurer Gewalt und kaum zu ahnender Schnelligkeit über Dörfer und Städte. Man hat das eigentlich voraussehen müssen, denn der unaufhörliche Regen der letzten Wochen konnte selbst von den Wasserbeden der großen Flüsse nicht mehr gehalten werden. Noch ist der Himmel immer düster, noch ergießt sich immer mehr Regen, begleitet von einem ortanartigen Sturm. Die Oder ist noch ständig im Steigen begriffen. Aus Ratibor merkt man einen Wasserstand von fünfzehn Meter über normal. An seiner Auswirkung erinnert dieses Hochwasser an jene Katastrophe aus dem Jahre 1903. Wie damals, werden auch diesmal die Gehöfte zum Opfer der reißenden Wasser, das Vieh ertrinkt in den Ställen, und die Bewohner müssen sich in die oberen Stockwerke flüchten, wenn sie der Gefahr des Ertrinkens entkommen wollen. Die Boote der Oder werden losgerissen und verfangen sich in den Kronen der Bäume, bis zu deren Spitzen das Wasser hinunter anschlagen ist. Und wenn man anfangs dieses trostlosen Zustandes feststellen muß, daß der Himmel immer noch keine Schleißen geöffnet hat, dann möchte man unwillkürlich an jene biblische Sintflutgeschichte denken, in der es da heißt: „Und es regnete vierzig Tage und vierzig Nächte, und das Land wurde zu einem großen Meer!“ Man muß solche Hochwasserkatastrophen selbst miterleben können, um die Gewalt des reißenden Elements beurteilen zu können. Meist sind es Millionenchäden, die dadurch binnen ganz kurzer Zeit verursacht werden können.



Hochwasser in der Mark.

Durch das starke Ansteigen des Wasserstandes der Spree ist jetzt auch die Lausitz vom Hochwasser heimgesucht. Die Feuerwehr verjagt die abgehängenen Bewohner mit den notwendigen Lebensmitteln.

Im schlesischen Ueberschwemmungsgebiet.

Die Flutwelle jetzt in Niedererschleien.

Breslau, 2. November.

Während in Obererschleien allgem. ein Fallen des Wasserstandes zu verzeichnen ist und dadurch auch besonders in Oppeln die größte Gefahr beseitigt ist, hat die Flutwelle nunmehr Niedererschleien erreicht, wo im Durchschnitt die Pegelstände einen halben Meter höher sind als am Vortage. Man glaubt aber, daß die größte Gefahr vorüber ist, wenn auch noch mit einem weiteren Answellen der Flutwelle in Niedererschleien gerechnet wird. Die Deichbruststelle bei Linden hat noch nicht geschnitten werden können, aber auch eine Erweiterung der Bruchstelle konnte verhindert werden. Scheidewitz, Neu-Limbürg und die Domäne Elpitz sind zwar vom Wasser umspült, werden aber durch alte Deiche geschützt. Die Försterei dagegen steht völlig unter Wasser. Der Förster konnte gerettet werden.

Welche ungeheuren Regenmengen in den letzten Tagen niedergegangen sind, geht aus den Berichten der Wetterstationen hervor. In der mittelschlesischen Ebene sind danach im letzten Monat durchschnittlich über 200 Millimeter Regen gefallen. Aus dem Ober-Rathen-Gebirge und aus dem Herz-Gebirge werden sogar über 300 Millimeter genannt. Aus Hainsberg 383 Millimeter. Einzelne Orte dürften an 400 Millimeter herantommen, das heißt an 4 Hektoliter je Quadratmeter, die fast ganz in den letzten Tagen niedergegangen sind.

Bei der unbefriedigenden Witterung ist mit einer schnellen Abnahme des Hochwassers nicht zu rechnen. Da aber auch die Regenfälle nicht mehr die Stärke der letzten Tage erreichen werden, glaubt man, daß die größte Gefahr vorüber ist, um so mehr, als der Schnee in den Mittelgebirgen bereits vollständig geschmolzen und im Hochgebirge zum größten Teil verschunden ist. Im Hochgebirge ist außerdem in den Tagen über 1400 Meter bereits wieder Frost eingetreten. Leider hat das Hochwasserinfekt ein weiteres Opfer gefordert. Wie aus Glas gemeldet wird, ist in der Reiskamp ein Mann ertrunken.



Schneeumwühlungen bei Spindelmühle (Kieserseegebirge)

Während in der schlesischen Ebene das Hochwasser wütet, haben in den Gebirgen, besonders im Riesengebirge, Schneestürme schwere Schäden in den Wäldern angerichtet. U. a. z. die Bewirtschaftung im Wadde bei Spindelmühle.

Alle Berufs-, Unterhaltungs- und Mode-Zeitschriften liefert Richard Arnold, Buchhandlung, Leipzigerstr.

Nachklang zum 25 jährigen Jubiläum

des Vaterländischen Frauen-Vereins von Pfarrer Ahmus.

Viele Jahre sind vergangen, Seit zu werten angefangen Unser Frauen-Verein, Damals wohl zunächst noch klein. Doch man sah die Zahl sich mehr Derer, die der Not zu wehren Und zu lindern Deutschlands Leid Sich verbanden voller Freud'. Wer möcht' ihre Namen nennen, Die da wollen gern bekennen Sich zum hohen hehren Ziel: Heilen gern und helfen viel. Allen denen laßt uns danken, Die da freudig sonder Danken An die Spitze sich gestellt Da, wo Liebe Wache hält. Möge Gott mit Seinem Segen Leiten euch auf euren Wegen Und euch schenken Seine Kraft, Sie, die neues Leben schafft.

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 3. Nooember 1930

Von der hiesigen Polizeiverwaltung wird uns mitgeteilt, daß die Angelegenheit Kutter vom ersten Tage an von der Staatsanwaltschaft bearbeitet wird. Auf eine neuerliche Anfrage erhielt sie von der Staatsanwaltschaft die Antwort, daß das Ergebnis der Obduktion noch nicht vorliege.

Der Arbeiter Friedrich Kausch aus Gabig wurde in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend auf der Gabiger Straße etwa 100 Meter hinter der Königsbrücke von zwei Männern überfallen. Während des Jahres erhielt er mit einem Gummiknüppel mehrere Schläge auf den Kopf, wodurch er besinnungslos wurde und vom Rade fiel. Die Räuber, von denen der eine maskiert war, nahmen dem Ueberfallenen das sauer verdiente Lohngehd und die Uhr ab. Außerdem zerlegten die Täter die Radlampe und zerhackten die Gummireifen am Rade. Das Portemonnaie ließen sie zerhackt auf der Straße liegen. Der Maurer Erich Schäfer, der nur wenige Minuten nach der Tat kam, konnte von den Tätern nichts mehr entdecken. Von teiten der Polizei werden bestimmte Spuren verfolgt.

Vater Bauß tot. Am 28. Oktober starb ganz plötzlich der Veteran von 1870 und ehemalige Feldbater Albert Bauß. Nach dem Tode seiner Frau zog er zu seiner Tochter nach Lebnau, um dort seinen Lebensabend zu erleben. Vor neun Tagen starb sein Schwiegersohn gelegentlich einer Hochzeitsfeier an Herzschlag. Die Aufregung über diesen Vorfall dürfte auch der Grund zu dem so schnellen Tod des alten Veteranen sein. Man lebte in Remberg nur noch vor Veteranen aus großer deutscher Zeit.

Krankentafelbeiträge. Die Allgemeine Ortskrankenkasse II für den Landkreis Wittberg hat den Beitragsfuß um 10 Prozent ermäßigt, danach gelangt vom 2. Nooember d. Js. ab ein Beitragsfuß in Höhe von 5,50 v. G. des Grundlohnes zur Verrechnung. Die bisherigen erhöhten Beiträge werden weiter gewährt. Die Ermäßigung der Beiträge konnte erfolgen durch die auf Grund der Notverordnung erzielten Ersparnisse.

Esp Ausbau der Lutherhallen-Sammlungen. Wichtigste Beschlüsse des Kuratoriums. Das erweiterte Kuratorium der Wittberger Lutherhalle trat zu einer Sitzung zusammen, zu der u. a. Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, des Evangelischen Oberkirchenrats, sowie Regierungs-Präsident v. Darnack erschienen waren. Verhandelt wurde zunächst über den Ausbau der Lutherhallen-Sammlungen durch Verlegung der Zufuhrerhöhung in die Räume der ehemaligen Lutherhalle im Erdgeschoß. So kann das obere Stockwerk ganz für Ausstellungen- und Arbeitszwecke benutz werden. Ein anderer Fragekomplex betraf die Beschaffung einer Dienstwohnung für den seit diesem Jahre hauptamtlichen Konservator, der zugleich am Predigerseminar Vorlesungen hält. Das Augustium selbst wird umgebaut werden, da man damit rechnet, daß das Predigerseminar mit zehn weiteren Kandidaten belegt werden wird. — Auch das altfällige Problem der Schloßkirche stand zur Erörterung. Eine Probeanzahl soll an einen von der jetzigen Kanzel aus nach der Mitte der Kirche anschließenden Pfeiler aufgestellt werden, um die akustische Wirkung von dort aus praktisch auszuprobieren. Besonders erhellend wirkte bei der Sitzung das rege Interesse der Behörden an der Beschaffung und dem weiteren Ausbau der Lutherhalle und zugleich des Predigerseminars.

Dranienbaum. (Verunfächtigter Tabakzoll.) Das Finanzministerium hat, wie wir erfahren, sich dahin entschieden, die Neubelastung des Tabaks in der Form vorzunehmen, daß der Zoll für Rohtabak von 80 auf 400 Mark erhöht, also verunfächtig wird. Für die Zigaretten soll allerdings die Wirkung dadurch ausgeglichen werden, daß gleichzeitig die Materialsteuer von 600 auf 200 Mark herabgesetzt wird, während die Vanderolensteuer von 33 auf 38 Prozent erhöht wird. Die Regierung glaubt, daß dadurch eine Verteuerung der Zigarette nicht nötig sein werde.

Sorkhof. Umfangreiche Gleisarbeiten werden zur Zeit auf der Bahnstrecke der Dessau-Wörlitzer Eisenbahn durchgeführt. Die Arbeiten sind bisher vom Bahnhof Wörlitz bis zum Kapengraben gediehen. Dort in man in diesen Tagen gerade mit dem Ausweichen von Gleisflächen beschäftigt. Die Arbeiten werden fu durchgeführt, daß der Zugverkehr keinerlei Störung erfährt.

Sohenmüssen, 30. Okt. Als sich die Stadtväter zu einer öffentlichen Sitzung zusammenfanden, mußten sie zu ihrem Erstaunen bemerken, daß sämtliche Stühle im Sitzungssaal

Taal fehlten. Kommunisten, die sich vor der Sitzung eingefunden hatten, hatten einfach die Stühle in den Zuhörerraum geschafft, und lehnten es ab, sie wieder herauszugeben. Angesichts dieser „Stuhlobstigkeit“ mußte der Vorsitz der Stadtverordneten wieder nach Hause schicken. Der Zuhörerraum wurde später von der Polizei geräumt.

Schnelles Steigen der Elbe

Torgau. Wie aus den Wasserstandsmeldungen am örtlichen Pegel und den vom Hochwasserdienst bekanntgegebenen Hochwasserfestlegungen der Dresdner Medvestelle hervorgeht, ist ein erhebliches Steigen des Elbewasserspiegels bemerkbar; die Wasserhöhe beträgt innerhalb acht Tagen rund vier Meter. Die Bühnen und Baumerke an der Elbe sind überflutet und die Unterhaltungsarbeiten daher auf der ganzen Strecke eingestellt worden, wovon rund hundert Arbeiter betroffen werden. — Auch Bretzlin meldet starkes Ansteigen der Elbe. Die Fährde mußte bereits eingebracht und der Verkehr durch ein Motorboot ausgenommen werden. Die Ufer und Weiden sind überflutet. Auch das Weirgeland bei Wittenberg steht bis an die Deiche unter Wasser.

Mühlberg (Elbe). Postkraftwagenverunglückt. Der Postkraftwagen, der seit dem 1. Oktober die Verbindung zwischen Falkenberg und Mühlberg besorgt, ist schwer verunglückt. Der Fahrer, offenbar durch den herrschenden Sturm unsicher gemacht, fuhr den Wagen mit voller Gewalt gegen einen Baum. Das Fahrzeug wurde schwer beschädigt, der Fahrer mit erheblichen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht.

Nordhausen. Untersuchungen im Kirchenrat. Am heiligen Kirchenfestum sind Untersuchungen aufgedeckt worden. Man spricht von einer Summe, die sich auf ca. 6000 M beziffert. Die Untersuchungen werden weitergeführt.

Strafautrag gegen einen nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten

Magdeburg. Der nationalsozialistische Abgeordnete des Landtags von Mecklenburg-Strelitz, Georg Hinrichs aus Burg-Stargard, mußte sich, da er den Fahrpreis für eine Kraftdroschke nicht zahlen konnte, auf einer hiesigen Polizeiwache zwecks Feststellung seiner Personalien stellen. Er hat sich dabei schwere Beschimpfungen über den Staat den Innenminister, den Berliner Polizeipräsidenten Weiß usw. zuzulassen kommen lassen. Hing entschuldigte sich am nächsten Tag bei den Beamten mit Kränklichkeit. Die beschimpfenden Äußerungen außerordentlich gräßlich waren, sah sich der Polizeipräsident von Magdeburg veranlaßt, gegen Hing Strafautrag zu stellen.

Revision gegen den Nachterstedter Freispruch

Fahrbefehl. Am Nachterstedter Mordprozess hat die Staatsanwaltschaft Fahrbefehl Revision gegen das freisprechende Urteil beim Reichsgericht angemeldet. Der Staatsanwalt hatte, wie gemeldet, den Angeklagten, Heiligenschen Otto Koch, für schuldig befunden und die Todesstrafe beantragt, während das Gericht die Beweise nicht für ausreichend erachtete und den Angeklagten freisprach.

Halle. Massenverhaftungen. 32 Angehörige der NSDAP wurden im Lokal „Zoologischer Garten“ festgenommen, weil sie auf einer öffentlichen Verammlung in Teilen ihrer Parteiform erschienen waren. Die Festgenommenen sind nach Befragung und Abschätzung der Verhältnisse auf dem Polizeigebäude wieder entlassen worden, bis auf einen der Beteiligten, der ein feststehendes Messer vor seiner Festnahme fortgeworfen hatte. Er wird dem Schnellrichter vorgeführt werden. — Mehrere Flugblattverteiler der SPD wurden von Angehörigen der NSDAP am Steintor angerempelt. Mit Gewalt wurden den Verteilern die Flugblätter entzogen. Etwas später spielte sich derselbe Vorfall am Konsumverein in der Humboldtstraße ab. Mit Gewalt und unter Bedrohung mit Messern wurden auch hier den Verteilern die Flugblätter entzogen. Zwei Flugblattverteiler erlitten Verletzungen. Drei Täter sind bisher ermittelt.

Halle. Auf der Flucht tödlich abgestürzt. In einer der letzten Nächte entwichen die beiden Zuchthausgefangenen Paul Kolonos und Willi Lucia, die sich in der Irrenabteilung des Strafgefängnisses am Kirchtor zur Beobachtung ihres Geisteszustandes befanden. Sie hatten sich in Vorbereitung zu verhehlen genutzt, die inneren Türen mittels Nachschlüssel geöffnet und waren dann über die Mauer ins Freie gelangt. Aus alten Säcken hatten sie sich ein Tau gedreht, mit dem sie sich vom Dach herabließen. Lucia zog sich beim Wippen innere Verletzungen zu, denen er im Krankenhaus nach einer Operation erlag. Kolonos konnte noch nicht ergriffen werden. Beide hatten noch eine mehrjährige Strafe abzuüben.

Dessau. Die feindlichen Familien. Im Hause Steinstraße 10 entlief nachts aus einer Familienreitstiege eine förmliche Schlacht. Die Mitglieder von vier Familien gingen mit Dolchen, Keulen und Holzknütteln aufeinander los. Schließlich mußten fünf Schwerverletzte ins Krankenhaus gebracht werden.

Dessau. Keine Kürzung der Beamtengehälter. Der Sanitätsausschuß des Anhaltischen Landtags lehnte den sozialdemokratischen Antrag auf Kürzung der oberen Beamtengehälter um zwanzig Prozent mit Stimmengleichheit ab. Die Rechte stimmte gegen die Kürzung.

Altenburg. Zwangsverwaltung. Hier fand die erste Stadtratsitzung unter der Zwangsverwaltung statt. Der Stadtrat beschloß die Aufnahme eines Darlehens bis zu 20.000 M zum Umbau der Fabrikräume für das Wohlfahrtsamt. Die Getränkesteuer wurde durch den Staatskommissar eingeführt. Die Kraftpostlinie Altenburg-Röhrn wird, nachdem der Stadtrat den Vertrag mit der Reichspost geschlossen hat, eingezogen werden.

Dresden. Liebesdrama. In der Neubergrabenstraße wurde eine zwanzigjährige Hausmutter von einem 35 Jahre alten Zigarrenhändler durch drei Pistolenkugeln schwer verletzt. Nach der Tat lösch sich der Mann selbst zwei Kugeln in die Brust. Die Verletzten wurden in Krankenhaus eingeliefert. Der Zustand des Mädchens ist bedenklich. Verschmähte Liebe soll der Grund zur Tat gewesen sein.

Dresden. Wieder ein holländisches Flugzeug notgelandet. Ähnlich wie am Tage zuvor

mußte wieder ein dreimotoriges holländisches Flugzeug vom Hooftkamp, das den Luftdienst auf der Strecke Rotterdam-Leipzig-Krag besorgt, auf dem Dresdner Flugplatz notlanden. Die Landung ging glatt vonstatten.

Grimma. Stintbomben im Stadtparlament. Nach dem Vorfall von Weiskensfeld wurden auch hier Stintbomben in den Stadtparlamentssaal geworfen, als der Vorsitz sich gezwungen sah, die Sitzung zu unterbrechen. Bei der Beratung kommunistischer Anträge war es zu erregten Zwischenfällen gekommen, die dazu führten, daß dem kommunistischen Redner das Wort entzogen wurde. Da dieser trotzdem weiter sprach und sich unmittelbar an die Publikumstribüne wandte, wurde die Sitzung schließlich aufgegeben.

Reichenhain (Erzgebirge). Eisenbahnunfall. Zwei mit Langholz und Schotterfrachten schwer beladene Güterwagen kamen beim Rangieren ins Rollen und saufen in schneller Fahrt nach dem Bahnhof Gleditzland, wo ein Personenzug abfahrtsbereit stand. Die führerlosen Güterwagen konnten noch im letzten Augenblick auf ein Nebengleis geleitet werden, wo sie am Bremsblock vollkommen gerietmerrt wurden.

Bücher- und Zeitschriftenhan.

Die Fahrt vor der Ehe — Die Gefangene ihrer Leidenschaft — Die Frau des Mörders — Ostmaios — Ihr Flieger — und andere spannende Geschichten enthält das soeben erscheinende November-Heft der „Wahren Erzählungen“ (Verlag Dr. Wolf-Gastler U. Co., Berlin S.W. 68). Kein Dichter könnte so spannende und interessante Erzählungen schreiben, wie das Schicksal sie selber schafft. Das muß angesichts des Inhalts dieser einzigartigen Zeitschrift immer wieder feststellen. Es dürfte niemand geben, der durch die Bestüre der „Wahren Erzählungen“ nicht auf's äußerste gefesselt würde. Die „Wahren Erzählungen“ sind zum Preise von 50 Hg. überall zu haben.

Die Interessen einer Frau werden in der Zeitschrift der Frau „Das Heft“ in vielseitigster Art berücksichtigt. Der Leitartikel der letzten erschienenen Nummer „Ankerort“ — ein Traum oder eine Hoffnung? — bringt eine unpolitische, aufschlußreiche Abhandlung über dieses Problem. Es folgen ein Bericht über eine Tagung der entscheidenden Schulreformer „Frauenbildung und Kultur“ und über das interessante Schicksal der Kaiserin „Charlotte von Mexiko“. Kaufleute finden eine Besprechung mit Bildern der Ausstellung bei Wertheim. Die gefaltete Frau, Kritiken über die Reaktionen der Berliner Bühnen und ein reichhaltiges, ausserordentliches Bildmaterial. Neben Magazinsgeschichten, dem spanischen Roman „Quinta de la Cruz“ von Franz Harzer, Vorketten, Kurzgeschichten, Rätseln, lustigen Bildern und Geschichten werden der Leserin auch sehr brauchbare Ratgeber für die Bekleidung ihrer Güte und für die Ausschmückung ihrer Wohnung erteilt. Sie findet stets ausgiebige Beschreibungen der neuesten Mode in Wort und Bild. In jeder Nummer wird sie eine lustige und nicht allzu schwere Preisausgabe lösen können.

Christliche Gemeinschaft innerhalb d. Landeskirche
Dienstag abends 8 Uhr
in Bürgeraal
Prediger Westermann-Wittenberg.
Hierzu wird herzlichst eingeladen

Die Grundstücksbesitzer u. Pächter

der Gemarkung **Niemitz** werden ersucht, die an ihren Grundstücken befindlichen Gräben innerhalb 14 Tagen ordnungsmäßig zu räumen, wobeifalls es auf ihre Kosten geschieht.

H. Söhne, Marktenrichter.

Inlette

federdicke ..

Qualitäten ..

Bettfedern

füllfertige, doppelt gereinigte

und gewaschene Ware ..

Preise ermäßigt!

Wilhelm Weydanz

Prima frisches

Rind- und Hammelfleisch

empfiehlt **Nich. Krausemann Nachf.**
Inhaber Heinrich Schneider

Prima frisches

Hammelfleisch

empfiehlt **Ewald Ballmann**

Dienstag früh eintreffend
frischer Schellfisch

Fischfilet billiger

Büchlinge

Paul Mierhschte, Burgstraße

Tannengrün
verkauft
Ernst Reinede, Wittenbergstr. 47
Bestellungen auf **Bestreift**
nehme ich schon jetzt entgegen

ff. frische

grüne Heringe
frischen Schellfisch

Büchlinge

ger. Seelachs

ger. Schellfisch

Sprossen

Dienstag früh eintreffend bei

Ww. Emma Reinede

Gelbfleischige

Speisekohlrüben

sowie gute handverlesene

Speisefartoffeln

rote und weiße, und

50 Ztr. Runkelrüben

verkauft billigst

Fanslau, Kemberg, Töpferstr. 16

Bergamentpapier
empfiehlt **Richard Arnold**

Winter-Astern

weiße ballförmige **Prachtware**
und

Erika, Alpenveilchen

u. w. empfiehlt billigst

Hermann Leue,

Gärtner

Preussisch - Süddeutsche

Klassenlotterie.

Zur 2. Klasse 36. (262.) Lotterie,

Ziehung am 21. u. 22. November,

Kauflose

in allen Abschnitten vorräthig.

Staatl. Lotterie-Einnahme von König

Wittenberg, (Bez. Halle) Cos-

wiger Straße 20 — Tel. 2686,

Postfachkonto: Leipzig 27138

Morgen Dienstag

früh 1/8 Uhr

Speck-Ruchen

Ernst Wend

Morgen Dienstag

von 7 Uhr ab

Speckkuchen

Bäckerei Berndt

Wittenbergstr.

Stadtkoffer

empfiehlt **Richard Arnold.**

Eine junge

frischmilchende Kuh

sowie eine schöne

hochtragende Färse

stehen preiswert zum Verkauf

Herrn Dietrich, Weinbergstr. 22

D. K. O. Motorrad

300 ccm, Modell 28, Dreiganggetriebe, komplett, billig zu verkaufen. Es ertragen in der Geschäftsfelle. Auf Wunsch Vorführung.

Eine Regendecke

ist heute vormittag von **Kemberg**

bis **Commlo** verloren worden.

Gegen Belohnung abzugeben im

Kornhaus

Krieger-Berein

Dienstag, den 4. Nov.,

abds. 7/9 Uhr im Palmbaum

Berksammlung

Zahlreiches Erscheinen erwünscht

Der Vorstand

Gewerbe-Berein

Am Mittwoch, den 5. November,

von 5—8 Uhr im Schützenhaus

Sprechstunden

Anschließend 1/2 Uhr

Berksammlung

Um zahlreiches Erscheinen bitten

Der Vorstand.

Spielkarten

empfiehlt **Richard Arnold**

Volkswohl-Loose

für soziale und kulturelle Zwecke

Einzellos 1.— Mk. — Doppellos 2.— Mk.

2 Hauptgewinne: Zwei vollständig eingerichtete Landhäuser

im Werte von je 50.000 M.

2 Prämien: Zwei Landhäuser im Werte von je 25.000 M.

2 Hauptgewinne: Zwei Landhäuser im Werte von je 20.000 M.

Gewinne im Werte von 430.000 M.

Auf Wunsch 90% in bar

Ziehung: Nächste Woche

Zu haben bei

Richard Arnold, Buchhandlung, Leipzigerstr.

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher Nr. 203.

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Samstags Sonntagsblatt“ und „Musiktheater-Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsänderung Streich usw. verliert jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Kleinzeile 40 Pfg., Anzeigenzeile 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für wichtige Werbeflächen und für geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird besonderer Preis übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Laufen, zuzüglich Postgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 129

Dienstag, den 4. November 1930

32. Jahrg.

Zuchtbullen-Verkauf.

Donnerstag, den 6. November, um 20 Uhr soll im **Ratseller** zu Kemberg ein 15 1/2 Zentner schwerer **Zuchtbulle** meistbietend verkauft werden.

Versichtigung vorher bei Herrn Landwirt Otto Schulze, Leipziger Neumarkt 21, gern gestattet.

Kemberg, den 6. Oktober 1930.

Der Magistrat.

Für die Mitglieder der **Freiwilligen Feuerwehr** mit allen **Ordnungs-, Wasser- und Druckmannschaften** sowie **Wasserfahrern** findet die große

Herbstübung

im Laufe dieser Woche statt. Sobald die Alarmzeichen ertönen, haben sich sämtliche Mannschaften **sofort am Spritzenhause zu versammeln**, wo das Brandobjekt beauftragt werden wird.

Kemberg, den 3. November 1930.

Die Polizeiverwaltung. Der Oberbrandmeister.

Börse und Politik.

Der Monat Oktober fand ganz besonders im Zeichen der innerdeutschen Politik. Die große Ungewissheit, die im Hinblick auf den Eintritt des Reichstages und die weitere Gestaltung der deutschen Politik geherrscht hatte, war die Veranlassung zu einer Zuspitzung, die sich besonders stark am Geld- und Kapitalmarkt auswirkte. Trotz verschiedener Abräumung kurzfristiger Gelder, die insbesondere den Gold- und Devisenbestand der Reichsbank beeinträchtigte, erwies sich sowohl die Position der Reichsbank als auch die der deutschen Banken als durchaus gesichert. Hieraus ist zu folgern, daß die deutsche Bankwelt den Unsicherheitsfaktor, der in den kurzfristigen Auslandsanleihen besteht, durch vorzügliche Dispositionen auszugleichen versteht. Deshalb muß auch den Zweifeln an der deutschen Währung wieder entgegengetreten werden. Die deutsche Reichsmark hat sich auch in den kritischen Tagen des Oktober als durchaus gesichert erwiesen. Selbstverständlich muß es immer die Aufgabe jeder verantwortungsbewußten politischen Führung sein, alles aufstrengt zu vermeiden, was den deutschen Kredit und damit auch die deutsche Wirtschaft zu schädigen geeignet sein könnte. Wie oft ist es von allen maßgebenden Wirtschaftlern als eines der dringendsten Erfordernisse bezeichnet worden, nach den Verheerungen der Inflation die Bildung von Sparrkapital mit allen Kräften anzuregen und zu fördern, schon aus dem Grunde, um Deutschlands Kapitalbedarf möglichst unabhängig vom Ausland zu befriedigen. Ganz besonders ist die Inangriffnahme der Sparpolitik auch unter dem Gesichtswinkel der Förderung und Verbilligung des Realcredits zu begrüßen. Deshalb muß peinlichst darauf geachtet werden, daß alles unterbleibt, was das Vertrauen in heimische und deutsche Sparerkreise von produktiven Anlagen im Inland abhalten könnte. Gerade angesichts der Wirtschaftskrisen muß es die Aufgabe aller derjenigen, die der Welt weiser Teile der Bevölkerung zu steuern gewillt sind, sein, das Vertrauen zur deutschen Wirtschaft und zur Sicherheit der deutschen Anlagewerte zu steigern.

Die deutsche Wirtschaftslage hat im Oktober noch keine Besserung zu verzeichnen. Der Beschäftigungsgrad hat sich insgesamt noch weiterhin verschlechtert, was in den meisten Gewerbezweigen zum Ausdruck gelangte. Allerdings hat auch einige erfreuliche Ausnahmen zu erwähnen. Einzelne Teile der Textilindustrie wiesen eine Besserung auf, die zum Teil fallonmäßig bedingt war. Relativ gut beschäftigt sind auch nach wie vor einige Zweige der Schwermetallindustrie, soweit sie sich mit dem Radiowellen befassen. Auch der letzte Bericht der F. G. Farbenindustrie ließ erkennen, daß dieses in fast allen wichtigen Teilen der chemischen Produktion maßgebende Unternehmen einen relativ befriedigenden Beschäftigungsgrad aufweist. Im Kalkbergbau hat sich der Absatz für das In- und Ausland auch noch verhältnismäßig günstig gestaltet. Von erheblicher Bedeutung dürfte die nennmehr in der Durchführung begriffenen Maßnahmen zum Zwecke des Preisabbaues sein. Im Mittelpunkt dieser Aktion wird die Ermäßigung der Kohlenpreise stehen, deren Auswirkungen für die deutsche Wirtschaft von größter Tragweite zu werden versprochen, besonders wenn auch die Strom- und Kraftlieferung entsprechend verbilligt wird. In engerem Zu-

sammenhang hiermit steht auch die Frage der Senkung der Eisenpreise. Für das Rangemede wird es überaus wichtig sein, daß auch auf dem Gebiet der Baustoffe erhebliche Verbilligungen eingetreten sind, die wirtschaftlich, wenn die Inflationsreduktion Tatsache geworden ist, zum Teil noch weitere Preisabschläge erfordern werden. Somit eröffnen sich jedenfalls für die kommende Zeit gewisse, nicht unangenehme Perspektiven für die deutsche Wirtschaft, vorausgesetzt, daß es möglich sein wird, die dringende Sanierung und Neuordnung unserer Finanzen und Steuern zur Durchführung zu bringen. Erfolgreicherweise hat sich in der zweiten Hälfte des Oktober wieder eine Festigung des Vertrauens ergeben, besonders nachdem auch der sogenannte „Leberbrüchigkeitstest“ als ein besonderer Vertrauensbeweis des Auslandes zustande gekommen war. Seitdem hat sich auch die Devisenlage wieder günstiger gestaltet. Vielleicht sind zurückgehende Auslandsgehälter durch neuen Zufluss kompensiert worden. Man darf deshalb, wenn von der politischen Seite her keine beunruhigenden Einwirkungen zu erwarten sind, erwarten, daß sich die Wirtschaft in den nächsten Monaten etwas erholen wird.



Berlin, 2. November.

Im Rahmen einer Reihe von Rundfunkvorträgen über schwebende Fragen der Wirtschaft und Politik sprach vom Berliner Sender aus der bekannte rheinische Wirtschaftsführer Geheimrat Duisberg. Die allgemeine politische Vertrauenskrise sowie die innerwirtschaftliche Finanz- und wirtschaftspolitische Krise können wir mit eigener Kraft bezwingen, während bezüglich des allgemeinen Einflusses der herrschenden Weltwirtschaftskrisen nur Vorbeugungsmaßnahmen getroffen werden können. Die Reichsregierung hat mit der Verlegung ihrer Reformvorschläge den energischen Willen bekundet, mit allen Mitteln die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden. Durch den Reichstagsbeschluss hat die Regierung hierfür eine angemessene Frist genommen.

Diese Frist muß auch dazu dienen, daß gleichzeitig mit der Umsetzung der Reformvorschläge in gesetzliche Form das allgemeine Vertrauen im Inland wieder an Boden gewinnt. Ohne Vertrauen gibt es keine Möglichkeit des Wiederaufstiegs, keine Kräftigung unseres Ansehens im Ausland.

Schwieriger wird sich die Überwindung des zweiten Krisenelements im innerwirtschaftlichen Rahmen gestalten. Geheimrat Duisberg verwies vor allem darauf, wie auf der einen Seite verfehlte Wirtschaftspolitik unserer Wirtschaft eine maßlose Verhängung der Entwaldungs- und Wettbewerbsfähigkeit auferlegt hat, während gleichzeitig die herrschende Weltkrise eine allgemeine Erschütterung der Absatzmärkte mit sich brachte. Mit der Einschränkung der industriellen und gewerblichen Produktion wuchs die Arbeitslosigkeit und die Verschwendung der Betriebsmittel. Die Verdrängung des Binnenmarktes trugen Ueberproduktion und Stöckung der landwirtschaftlichen Erzeugung am wesentlichsten bei.

Ein Dauererfolg des Reformwerks ist nur möglich durch Steuerentlastung und Senkung der fixen Produktionskosten, worin Lohn- und Gehaltsmengen begriffen sind. Nur dadurch kann die notwendige Einfachheit für die Industrie gewonnen werden, die Deutschland wieder erhöhte Aufträge bringen soll.

Mit einer generell durchgeführten industriellen Arbeitszeit-

führung ist eine Produktionsförderung unvereinbar. Am wirksamsten kann keine dauerhafte Besserung der Verhältnisse erreicht werden, wenn nicht alle Realisationsmöglichkeiten des Programms ausgeschöpft werden. Nur durch

Befestigung der ungetragenen Tribunklasten wird für alle Partner der Weltwirtschaft, Gläubiger und Schuldner, Entspannung der gegenwärtigen Krise erreicht werden. Schließlich muß die Widerstandsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch die Sicherung einer breiteren Exportbasis, vor allem in Mitteleuropa, festgelegt werden, um durch steigenden Absatz eine gesteigerte Beschäftigung zu ermöglichen.

Aus dem Reichsetat 1931.

Reichstanzlei — Reichspräsident — Reichstag.

Berlin, 1. November.

Der nunmehr vorliegende Haushaltsplan des Reichsministeriums, des Reichstanzlers und der Reichstanzlei bringt insgesamt eine Ersparnis von rund einer Million Mark. Das ist insofern beachtlich, als der Zufluss im ordentlichen Haushalt überhaupt nur 2,5 Millionen Mark beträgt. Der Fonds in Höhe von 200 000 Mark, der dem Reichstanzler zu allgemeinen Zwecken zur Verfügung stand, ist um 20 000 Mark gekürzt worden.

Wegen der Notlage im Rechnungsjahr 1931 hat die Reichsregierung beschlossen, den bei der zweiten Beratung des Haushaltsplanes 1930 gefassten Beschlüssen des Reichstages, die Vertretung der Reichsregierung in Münden künftig wegzulassen, sich jetzt zu verwickeln.

Der Vertreter der Reichsregierung, der frühere Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Haniel, wird in der einstimmigen Beschlüsse verlesen werden. Die übrigen Beamtenstellen werden auf andere Reichsverwaltungen übertragen werden. Weiter wird wegen der finanziellen Notlage das Aufgabengebiet der Reichszentrale für Heimatdienst vorübergehend verkleinert eingekürzt werden. Verschiedene Landesabteilungen werden zusammengelegt, und die Aufwendungen für sächsische Verwaltungsaufgaben auf ein Minimum eingeschränkt werden. Die nach Fertigstellung des Erweiterungsbau der Reichstanzlei notwendige Wiederherstellung der Wohnräume des Abbaues ist einstweilen zurückgestellt worden. Aus dem Etat der Reichstanzlei ist weiter noch bemerkt worden, daß für das Jahr 1930 in diesem Haushalt der Reichsmünzmeister ohne Gehaltsbereich etabliert worden ist.

Infolge der Kürzung der Gehälter um 20 Prozent bezieht der Reichspräsident nunmehr noch 48 000 RM Gehalt und 120 000 RM Aufwandsgehalt.

Im Haushalt des Reichstages sind die Aufwandsentschuldigungen für die Mitglieder des Reichstages auf 4 083 000 Mark festgesetzt worden, gegenüber 4 835 000 Mark im Vorjahre. Diese Summe setzt sich zusammen aus den Aufwandsentschuldigungen für 577 Reichstagsabgeordnete in Höhe von je 7 200 Mark jährlich, aus den Aufwandsgehaltern des Reichstagspräsidenten in Höhe von 28 800 Mark und aus den Tagelohnen für Auswahlsitzungen in Höhe von 100 000 Mark. Davon werden 200 000 Mark auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen abgezogen, so daß sich die vorgenannte Summe ergibt. Insgesamt sind die Aufwandsentschuldigungen von jährlich 9 000 Mark auf 7 200 Mark herabgesetzt worden. Die Entschädigung an die Ehrenbürger der Reichstagsabgeordneten hat sich infolge der Vermehrung der Zahl der Abgeordneten um 220 000 Mark erhöht, sie beträgt jetzt rund 1,5 Millionen Mark.

Der Reichstagspräsident fordert für den weiteren Grundbesitz und ersten Teilbesitz eines Neubaus für die Reichsverwaltung eine Million Mark an. In der Begründung wird ausgeführt, daß der Neubau der Reichsverwaltung bedingt in Angriff genommen werden muß, um dem Raumangel der Bücherei in Wirtschaft abzuhelfen. Ferner müssen noch Sitzungssäle für Ausschüsse und Fraktionen sowie Arbeitszimmer für die Abgeordneten hergestellt werden.

Das Auswärtige Amt im Jahre 1931

Kürzung der Diplomatengebälter.

Berlin, 2. November.

Nach dem Haushaltsplan des Auswärtigen Amtes sind die fortwährenden Ausgaben für das Jahr 1931 um rund 4,4 Millionen Mark, das sind 7,4 v. H., gekürzt worden. Diese Kürzung der Finanzlage des Reiches veranlaßt die Ausgabenminderungen, insbesondere der Aufwandsentschuldigungen, sowie Herabsetzung des Bekehrtenaufwands für die Beamten im Ausland von 3 1/2 v. H. auf 2,5 v. H. Dieser Bekehrtenaufwand wird dadurch erreicht werden können, daß ferner selbst wichtige Ausgaben des auswärtigen Dienstes eingeschränkt werden. Die vom Reichstag bei der Beratung des Haushaltsplans für 1930 über eine Kürzung der Bezahlung der Auslandsbeamten gefassten Beschlüsse sind durchgeführt worden.